

Im folgenden bringen wir die gekürzte und überarbeitete Version eines Artikels des Bolshevik Club (BC) aus Neuseeland. Der BC ist eine Organisation, die von den Universitäten ausgehend aktiv ist und die trotzkistische Politik der Internationalen Bolschewistischen Tendenz (IBT) unterstützt.

Für eine bildungspolitische Gegenoffensive

Die Verschuldung der Studentinnen und Studenten beim neuseeländischen Staat betrug, aufgrund der mit 9% zu verzinsenden Ausbildungsdarlehen, 1996 bereits zwei Mrd. Dollar und nach Schätzungen soll sie im Jahr 2005 die Staatsverschuldung übertreffen. Zusätzlich müssen Studierende hohe Gebühren pro Semester und z.T. je Seminar bezahlen, aus denen sich die einzelnen Universitäten finanzieren. (Eine Situation wie sie nach der Verabschiedung des HRG auch in Deutschland entstehen kann.) Im Herbst 1996 - kurz vor den neuseeländischen Wahlen - reagierten StudentInnen auf diese Situation mit der Besetzung von Universitätseinrichtungen im ganzen Land. Die BürokratInnen der jährlich gewählten Studierendenvertretungen (kurz Exec, grob vergleichbar mit dem AStA) versuchten von Anfang an, diese Aktionen zu schmückendem Beiwerk für ihre Strategie des Drucks auf "linke" Parteien bei den Parlamentswahlen zu machen.

So wurde die Besetzung des Studierendensekretariats (in dem auch die Gebühren gezahlt werden müssen) an der Victoria Universität Wellington von den Exec-FunktionärInnen inszeniert, um im Senat der Universität zwei Anträge durchzusetzen, die mehr staatliche Gelder für StudentInnen forderten. Der Betrag sollte bei einem Treffen des Senats mit dem Bildungsminister und durch eine nachfolgende Kommission festgelegt werden. Kaum überraschend sagte der Universitäts-Senat "Ja" zu einer solchen Gelegenheit auf einen Kaffeeklatsch mit dem Minister.

Für den Bolshevik Club dagegen stellten die Besetzungen der Studierendensekretariate eine Chance zum Wiederaufbau einer echten Kampagne für Aktionen im Bildungsbereich dar, die möglichst viele StudentInnen einbeziehen und die Studierenden im ganzen Land vernetzen könnte. Durch eine Verbindung mit den gleichzeitig stattfindenden Kämpfen Studierender auf den benachbarten Cook-Inseln, den Streiks der SekundarstufenlehrerInnen und den Aktionen der GrundschullehrerInnen für gleiche Bezahlung hätten die Besetzungen ein Beitrag zu einer breiteren bildungspolitischen Gegenoffensive werden können. So war es u.a. der BC, der erfolgreich darauf drängte, mehrere Solidaritätserklärungen anzunehmen: für die Studentenvereinigung der Cook-Inseln, für die Lohnforderungen der ErzieherInnen und für die während der Universitäts-Besetzung in Auckland inhaftierten Studierenden. Teil der Bemühungen, Verbindungen zu anderen Kämpfen zu schaffen, war ferner die Teilnahme einer Delegation an der Demonstration der Gewerkschaft der GrundschullehrerInnen in Wellington.

Trotz dieses Potentials war klar, daß die offizielle Vertretung der StudentInnen alles daran setzen würde, die Bewegung in einem "korrekten" Rahmen zu halten. Obwohl die BesetzerInnen radikaler wurden und zunehmend für die Abschaffung aller Gebühren, für freie Bildung und einen angemessenen staatlich finanzierten Lebensunterhalt eintraten, bestanden die örtlichen Exec-BürokratInnen ebenso wie die FunktionärInnen ihres neuseeländischen Dachverbandes NZUSA (New Zealand Universities Students Association) auf die Begrenzung der Forderungen: erstens "keine weitere

Erhöhung der Gebühren" und zweitens ein "Treffen von Universitäts-Senat und Minister".

Als das Ministerium für dieses Treffen die Bedingung stellte, zuerst die Besetzung zu beenden und weiteren Besetzungen abzuschwören, wollten die BürokratInnen sofort nachgeben. Es wurde damit offensichtlich, daß die Besetzung für sie solange in Ordnung war, wie sie von der Universitätsleitung geduldet wurde. Als diese androhte, ihre Unterstützung zu beenden und dem besetzten Sekretariat im wahrsten Sinne des Wortes "den Saft abzdrehen", war das Exec der Meinung, daß alle brav folgen sollten.

Es war offensichtlich, daß das Exec die Besetzung initiiert hatte, ohne die geringsten Vorbereitungen für eine ernsthafte Konfrontation mit der Universitätsleitung zu treffen. Es wurde weder für Koch- und Beleuchtungsalternativen gesorgt, noch wurden irgendwelche Verteidigungsmaßnahmen gegen eine mögliche gewaltsame Räumung vorbereitet. Dazu kam, daß die BesetzerInnen mit Leichtigkeit vom Sekretariat aus zu Seminaren und Tutorien gehen konnten, was ohne die Unterstützung durch die Universitäts-Leitung nicht mehr möglich gewesen wäre.

Die BesetzerInnen waren angesichts des Exec-Vorschlags über das weitere Vorgehen entzweit. Der radikale Teil war korrekterweise der Meinung, daß eine Beendigung der Besetzung auf das bloße Wort des Ministers hin einer Niederlage gleichkäme. Das Exec dagegen stellte die Chance für ein Treffen mit dem Minister zunächst als einen bedeutenden Sieg dar. Dies geschah genau zu dem Zeitpunkt, als die Studierenden unter Druck gerieten, ihre Prüfungen zu absolvieren: Die Examen standen kurz bevor und nicht alle der radikaleren StudentInnen konnten diesem Druck widerstehen. Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiß, der sowohl von BesetzerInnen als auch dem Exec getragen wurde: Die Besetzung einen Tag *nach* dem Treffen mit dem Minister ohne öffentliche Ankündigung zu beenden, um dann zusammen zu einer nahegelegenen Protestveranstaltung der StudentInnen der Cook-Inseln zu gehen.

Wer ist schuld?

Viele AktivistInnen, sowie Mitglieder des Exec, verfallen in einen von zwei Fehlern, wenn es darum geht, gegen den Universitäts-Senat wegen der Studiengebühren vorzugehen. Ein Herangehen ist, den Senat der Universität für die Erhöhung der Gebühren verantwortlich zu machen und sich an die Aufstellung "alternativer Haushaltsentwürfe" zu machen. Das ist der bloße Widerhall der Regierungspropaganda, wonach die Universitäten ausreichend staatlich finanziert würden und alles nur eine Frage des Mißmanagements sei.

Alternativ dazu werden die Universitäts-Senate als unglückliche Vermittler entschuldigt, die angesichts der erbarungslosen Regierungspolitik machtlos seien. Keine dieser beiden Herangehensweisen begreift die Realität. Vorschläge für alternative Universitätshaushalte sind Unsinn, da das zentrale Problem die jämmerliche staatliche Finanzierung

ist - letztere ist wiederum nur ein Teil eines koordinierten Angriffs auf soziale Leistungen durch die Regierungen der jüngsten Vergangenheit. Gleichzeitig erledigen die Universitäts-Senate trotz ihrer "verständnisvollen" Worte willig die Drecksarbeit der Regierung - würden sie ernsthaft bestrebt sein, die Interessen der Studierenden zu verteidigen, dann würden sie ihre Haushalte für kostenlose, freie Bildung aufbrauchen und die Regierung vor das Problem bankrotter Universitäten stellen: Soll doch die Regierung die Suppe auslöffeln, wenn lange vor Ende des Semesters das Geld zu Ende ist.

Das Verhalten des Dachverbandes der neuseeländischen Studierendenschaft NZUSA in ihrer National Campaign of Action ist typisch für den oben genannten ersten Fehler. Diese Kampagne ist eher konzipiert als eine Serie von Protesten an einzelnen Universitäten denn als eine gemeinsame und gleichzeitige nationale Kampagne, die Bildungsminister Wyatt Creech empfindlich trifft. Eine Ansammlung lokaler Kampagnen und Besetzungen kann einfach nicht angemessen gegen das Problem fehlender Finanzierung durch die Zentralregierung vorgehen; statt dessen impliziert dies, jeder Universitäts-Senat für sich solle an die Regierung herantreten, um seine Finanzsorgen zu lösen.

Geschichte der Education Action Group

Die GenossInnen des Bolshevik Club unterstützten begeistert die Besetzung. Seit langem hatten wir angestrebt, der Kampagne im Bildungsbereich Leben einzuhauchen: durch die Mobilisierung von Studierenden, Universitätsbediensteten, LehrerInnen und anderen ArbeiterInnen entlang der Forderungen nach frei zugänglicher Bildung und einem angemessenen Einkommen für alle StudentInnen. Der BC stand damit nicht allein: Im Laufe der Jahre arbeitete er in der Education Action Group (EAG) mit einer Reihe anderer AktivistInnen zusammen, die diese Forderungen ebenfalls unterstützten. Die EAG war verantwortlich für eine ganze Reihe von Protesten gegen Kürzungen im Bildungsbereich.

Aber wiederholt wurden ihre Anstrengungen von verschiedenen hochschulpolitischen BürokratInnen und anderen selbsternannten Radikalen durchkreuzt, die ihre Anstrengungen lieber auf das Aushandeln von Entscheidungen hinter verschlossenen Türen konzentrierten, als auf den Aufbau einer wirkungsvollen Kampagne studentischer AktivistInnen. 1996 gelang es ihnen endlich, die EAG zu zerstören. Den Hintergrund bildete der von der EAG organisierte Marsch zum Parlament im März 1996, der mit nur 150 TeilnehmerInnen zur Farce wurde. Nach diesem traurigen Ergebnis wurde das Exec vom stillschweigenden Gegner der EAG zu deren offenem Feind: Alle Zusammenarbeit wurde von Seiten des Exec eingestellt, und von da an übernahm das vom Exec geführte, hierarchisch durchorganisierte Education Team die Kontrolle über die Bildungs-"Kampagne". Es überraschte daher nicht, daß die EAG infolgedessen auseinanderfiel und viele AktivistInnen einfach von der Bühne verschwanden.

Die Führung der Studierenden bezeichnete das schlechte Ergebnis des "März-Marsches" als Beleg dafür, daß die Forderungen der EAG nach freier Bildung und einem ordentlichen Einkommen für alle Studierenden zu radikal seien, um Unterstützung zu finden, und daher fallengelassen werden müssten. Tatsächlich war es die erbärmliche Leistung der Exec-BürokratInnen in der Demo-Vorbereitung selbst, die dafür verantwortlich war. Die Mehrheit von ihnen rührte nicht einen Finger für die Mobilisierung. Das EAG wurde fast ausschließlich von unbezahlten Freiwilligen - neben Vollzeitstudium und Teilzeitjobs - organisiert. Als daher die von der Student Association bezahlten Exec-BürokratInnen so gut wie nichts taten, um die Aktion mit vorzubereiten, war die Resonanz absehbar schwach.

Mit ihrer Unterstellung, die Forderungen wären zu radikal, konnten die VUWSA-BürokratInnen (Victoria University of Wellington Students Association - quasi der lokale AStA) weder erklären, warum gleichzeitig in anderen Städten Tausende für freie Bildung und ordentliche Einkommen demonstrierten, noch warum für die gleichen For-

derungen Mitte 1995 über 1500 von der Victoria-Universität vor das Parlament zogen. Sie konnten auch nicht erklären, warum Sprechchöre wie "Was wollen wir? Freie Bildung! Wann? Sofort!" sich unter den TeilnehmerInnen der vom Exec organisierten Demonstration im September 1996 großer Beliebtheit erfreuten - obwohl das Exec offiziell angeordnet hatte, sie nicht zu rufen.

All das zeigt die Notwendigkeit einer Bildungskampagne, die gänzlich durchgeführt wird von der Basis der Studierendenschaft, organisiert in Komitees wie der EAG, die Aktionseinheiten ähnlich sind. Alle wichtigen Funktionen - und damit die Verfügung über die Geldmittel - müssen jederzeit von dieser Basis wähl- und abwählbar sein. Unglücklicherweise ist es den BürokratInnen 1996 gelungen, die EAG davon abzuhalten, sich vollständig zu solch einer Aktionseinheit für freie Bildung und ausreichende staatliche Unterhaltszahlungen für alle zu entwickeln.

Mobilisierung entlang der Klassenlinie

Das Exec/Education Team propagiert hartnäckig die Abschwächung und Verwässerung von Forderungen der bildungspolitischen Gegenwehr, um sie für alle Studierenden ansprechender zu machen. Aber es gibt keine Forderung gegen Kürzungen im Bildungsetat, die der gesamten Studentenschaft zusagen kann. Traditionell waren Universitäten der Nachwuchsstall der Elite, in denen die nächste Generation von Bankern, Wirtschaftsfachleuten und Wirtschaftsprüfern sowie Managern und Bossen aller Art ausgebildet wurde. Von daher gibt es seit jeher in der Studentenschaft einen zutiefst konservativen Flügel. Dies wurde deutlich, als 1996 bei einer Umfrage auf dem Campus 21% der Befragten angaben, sie würden in den anstehenden neuseeländischen Wahlen den Kandidaten der extremen Rechten, der ACT, wählen. Die Privatisierung der Bildung ist ganz im Interesse der studentischen ACT-Wählerschaft: Gefaßten Herzens sind sie auf die Erhöhung von Studiengebühren vorbereitet, falls dafür die Spitzensteuersätze drastisch gesenkt sein werden, wenn sie zu verdienen anfangen.

Aber Universitäten sind nicht einfach nur die Kaderschmiede für die zukünftigen Herrscher; das kapitalistische System muß auch verschiedene technische Fähigkeiten und Kenntnisse an einige der höheren Schichten der Arbeiterklasse vermitteln. So spiegelt die Studierendenschaft viele Klassengegensätze und soziale Spaltungen der Gesellschaft insgesamt wider. Sie schließt solche Leute mit ein, die eine Hochschule besuchen müssen, weil ihre vorhandenen Fähigkeiten und Qualifikationen ihnen in Anbetracht grassierender Arbeitslosigkeit keinen Job sichern; sie schließt Maoris und andere ethnische Minderheiten ein, die ihren Weg zur Uni nur mit Hilfe finanzieller Unterstützung durch den Staat machen konnten. Für diese Leute, die nicht von reichen Eltern durchs Studium gesponsert werden, bedeutet der Besuch einer Universität, sich permanent durchschlagen zu müssen. Unter diesen Schichten der Studierendenschaft gibt es ein starkes Potential für radikale Aktionen gegen die Kürzungen.

Wir können mit der Forderung nach freier (Aus-)Bildung und ausreichender finanzieller Versorgung für alle nicht warten, bis ihr die Söhne und Töchter der Bourgeoisie zustimmen, denn dann werden diese Forderungen nie das Licht der Welt erblicken. Als Gruppe haben StudentInnen keine gemeinsamen Interessen. Deshalb brauchen wir eine Perspektive der Spaltung von Studierendenpolitik entlang von Klassenlinien. Wir müssen die StudentInnen mobilisieren, die am schärfsten von den Kürzungen betroffen sind und sie

im Widerstand gegen den kapitalistischen Sparkurs unter Führung der Arbeiterbewegung vereinigen.

Studentische Bürokratie vertröstet auf die nächsten Wahlen

Die BürokratInnen begründen ihre Zurückhaltung damit, daß eine Strategie "vernünftigen" Bittens - mit Blick auf die nächsten Wahlen - Druck auf die Politiker ausüben würde. Doch selbst mit einer auf Parlamentswahlen reduzierten Sichtweise ("das Beste aus den zur Wahl stehenden Parteien rausholen!") ist dieses Vorgehen völlig unsinnig: Jedes Kind weiß, daß man mit einer starken Position in Verhandlungen gehen muß, um am Ende möglichst viel zu erreichen. Keine Frage, bürgerliche Politiker wie Bolger, Clark, Peters und Co. hatten diese Lektion viel besser verstanden und folgerten, je gemäßigter die Forderungen der Studierenden ausfielen, um so weniger müßten sie diesen anbieten, um ihre Gunst zu gewinnen.

Für all jene StudentInnen, die über ihre Situation bereits äußerst besorgt waren, dürfte die Politik der studentischen Führung, die lediglich den Status quo aufrechterhalten soll, sowieso keinen Sinn gemacht haben. Die Forderung "Keine Erhöhung von Studiengebühren" hilft ihnen keinen Deut, das Geld für die bereits existierenden (und seit 1992 massiv gestiegenen) Gebühren aufzubringen. Genauso wenig hilft diese Forderung, die zunehmende studentische Verschuldung zu bekämpfen. Es ist also nicht zu erwarten, daß StudentInnen durch solche Minimal-Forderungen motiviert werden. Natürlich sinkt dann auch die Zahl derer, die sich an den Protesten beteiligt - was wiederum dem Ziel abträglich ist, Druck auf die zur Wahl stehenden Politiker auszuüben. Wie dem auch sei - nicht die Taktik, die die studentischen BürokratInnen anwenden, um ihre Position durchzusetzen, ist das Problem, sondern vielmehr der ganze Charakter ihres reformistischen Ein-Punkt-Lobbyismus.

Um freie Bildung und ein ordentliches Einkommen für alle Studierenden durchzusetzen, braucht es mehr als nur einen Wechsel der Bildungspolitik. Die Erhöhung der Gebühren im Bildungswesen, die Kürzungen des studentischen Einkommens und die reduzierten Arbeitsmöglichkeiten sind nicht getrennt zu sehen von den breiteren Angriffen auf ArbeiterInnen und SozialhilfeempfängerInnen, die am härtesten Frauen, Maoris und ImmigrantInnen von den pazifischen Inseln sowie Jugendliche treffen. Die Angriffe, die in den 80ern von der sozialdemokratischen Labour-Regierung und in den 90ern von den Konservativen geführt wurden, stellen den systematischen Versuch der neuseeländischen Wirtschaftsbosse dar, ihre Profite auf Kosten der ArbeiterInnen zu sichern.

Aber trotz dieses einheitlichen Charakters der Angriffe unter der gegenwärtigen kapitalistischen Sparpolitik geht die Reaktion der politischen Führung der Studierenden über den eigenen Tellerrand nicht hinaus. Sie betreibt damit Schmalspur-Sektoralismus: eine (angeblich ideologiefreie) Studierendenpolitik für Studierende. Der Slogan der NZUSA für die Wahl 1993 "Wählt Bildung" war schon schlimm genug; aber der Höhepunkt an Albernheit wurde vor ein paar Jahren erreicht, als die Idee einer Studierendenpartei verbreitet wurde - als wäre Bildung die einzige Sorge! Taktiken wie diese machen es den kapitalistischen Regierungen nur um so leichter, eine Gruppe der Unterdrückten gegen die andere auszuspielen. Die Politik der NZUSA bei den Wahlen 1996 war einfach eine weitere Anwendung derselben Methode: Es wurde eine "Links von der Mitte"-Koalition befürwortet, die Labour, die Alliance-Party und den für "Mehr Polizisten - weniger Ausländer!" stehenden

Peters umfaßte; auf deren Bestandteile sollte Druck ausgeübt werden, um sie für "mehr Bildung" zu erweichen. Und das alles trotz der Tatsache, daß die verschiedenen Wahlversprechen bei Weitem hinter dem zurückblieben, was die Studierenden und der Bildungssektor insgesamt brauchen: freie Ausbildung, ein würdiges Einkommen für alle StudentInnen, bessere Bezahlung der LehrerInnen, usw.

Der Bolschewik Club lehnte diese Strategie der NZUSA ab. Statt dessen berücksichtigte er, daß der Kampf um Bildung auf das Engste mit dem Kampf gegen den Kapitalismus insgesamt verbunden ist. Der BC sah, daß keine der existierenden politischen Parteien, einschließlich ihrer möglichen Koalitionen, den Studierenden etwas Nennenswertes zu bieten hatte. Trotz einiger Unterschiede bezüglich der versprochenen Höhe der sozialen Ausgaben waren und sind sie alle der Verwaltung des kapitalistischen Profitsystems verpflichtet. Der BC vertrat die marxistische Position, die von seinen GenossInnen in der neuseeländischen Gruppe der Internationalen Bolschewistischen Tendenz vorgebracht wurde und rief dazu auf, ungültig zu stimmen: Keine der Parteien der "Linken" gab vor (nicht mal von einem reformistischen Standpunkt aus), eine klare Klassenpolitik zur Verteidigung und Förderung der Interessen der ArbeiterInnen und Unterdrückten gegen die Bosse zu verfolgen. Dies schloß auch das scheinbar am weitesten links stehende Angebot zur Wahl - die Alliance - ein, welcher der größte Teil der neuseeländischen radikalen Linken ohne rot zu werden hinterhertrötete. Die Alliance-Party ist auf keinen Fall eine Arbeiterpartei, sondern eine klassenübergreifende Koalition von "New Labour"-Reformisten, die einige kleinere Mittelstandsparteien (die Liberals und Democrats) und andere kleinbürgerliche Gruppen eingesackt haben.

Für eine revolutionäre Umgestaltung

Um auf Dauer eine angemessene Versorgung des Bildungs- und Erziehungssektors zu erreichen, bedarf es einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung. Während wir Forderungen an die gegenwärtige Regierung stellen und mit aller Kraft durchsetzen wollen, um Reformen zu erreichen, müssen wir auch erkennen, daß die Finanzierung eines Bildungssystems, wie wir es brauchen, eine wesentliche Neuorganisation der ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft erfordert - eine Neuorganisation, durch die der produktive Reichtum der Menschheit für menschliche Bedürfnisse und nicht für Profitzwecke eingesetzt wird.

Ein kommunistisches Programm für Bildung und Erziehung beginnt mit der Erkenntnis, daß Bildung kein Privileg, sondern für alle frei verfügbar sein sollte. Der Kampf für eine freie, säkulare und qualitativ hochwertige (Aus-)Bildung muß aber verbunden werden mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Entlassungen, Sozialkürzungen und schließlich das kapitalistische System selbst. Die StudentInnen, die freie Bildung wünschen, haben aber nicht das soziale Gewicht, um ihre Forderungen gegen die herrschende Klasse durchzusetzen. Nur die Arbeiterklasse verfügt über eine gewaltige Macht, wenn unsere gemeinsame Wut durch Aktionen in den Betrieben und weitreichende politische Aktionen gegen die kapitalistischen Herrscher gerichtet wird. "Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will" kann der Anfang eines radikalen gesellschaftlichen Umbruchs in die von uns gewollte Richtung werden.

Alle Zugeständnisse, die unter der kapitalistischen Ordnung errungen wurden, sind notwendigerweise zerbrechlich, da die herrschende Klasse bei der nächstbesten Gelegenheit versuchen wird, sie zurückzuerobern. Der existierende Staat ist der bewaffnete Arm zur Durchsetzung ka-

pitalistischer Interessen: z.B. bei der gewaltsamen Auflösung von Streikpostenketten, um Streikbrecher durchzuschleusen; der Verhaftung von UreinwohnerInnen, die Land besetzen oder der Räumung von besetzten Studierendensekretariaten. Um das Errungene also zu sichern, muß der kapitalistische Staat angegriffen und zerstört werden, um ihn durch Organe zu ersetzen, die die Bourgeoisie enteignen werden. Solch eine Tat wird sich unvermeidlich die Feindschaft der Kapitalisten aller Länder zuziehen. Daher besteht die Notwendigkeit, eine internationale politische Bewegung aufzubauen, die sich dem Kampfziel verpflichtet, die neue Gesellschaft weltweit durchzusetzen. ■